



## Flüchtlinge gefangen auf dem Westbalkan

Flüchtlinge gefangen auf dem Westbalkan  
Amnesty-Bericht beschreibt katastrophale Zustände, in denen Flüchtlinge in Serbien und Mazedonien leben. Die EU schottet sich weiter ab und lässt die Menschen im Stich  
Tausende Flüchtlinge und Asylsuchende sowie Migrantinnen und Migranten sitzen auf ihrem Weg in die Europäische Union in den Westbalkan-Staaten Mazedonien und Serbien fest. Dort werden sie häufig von staatlichen Behörden und kriminellen Banden misshandelt und erpresst. Das dokumentiert der heute veröffentlichte Amnesty-Bericht "Europes Borderlands: Violations against migrants and refugees in Macedonia, Serbia and Hungary".  
Um dem lebensgefährlichen Weg von Libyen über das zentrale Mittelmeer nach Italien zu entgehen, nutzen die meisten Flüchtlinge derzeit die Westbalkan-Route - von Griechenland über Mazedonien und Serbien nach Ungarn -, um in die EU zu kommen. Doch auch auf dieser Route sind sie nicht sicher vor Gewalt. "Flüchtlinge, die vor Krieg und Verfolgung in die EU fliehen wollen, sitzen in Mazedonien und Serbien in der Falle: Sie werden häufig misshandelt. Sie haben keine Chance auf ein faires Asylverfahren, das ihnen nach internationalem Recht zusteht. Und sie werden daran gehindert, in die EU weiterzureisen", sagt Selmin Çaliskan, Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland. "Wenn die Bundeskanzlerin am 8. Juli in die Region reist, muss sie auch die Situation der Flüchtlinge ansprechen. Gleichzeitig darf es nicht sein, dass die Europäische Union sich weiter abschottet und ihre Verantwortung für den Schutz von Flüchtlingen auf die Nachbarstaaten abschiebt."  
Die Flüchtlinge leben ständig mit der Gefahr, an einer der Grenzen zwischen Griechenland, Mazedonien und Serbien in das vorherige Land zurückgeschickt (push-backs) oder willkürlich inhaftiert zu werden, oft einhergehend mit schweren Misshandlungen. Wenn die Flüchtlinge es schaffen, nach Ungarn zu kommen, droht ihnen weitere Gewalt und Abschiebung.  
Die EU muss endlich sichere Zugangswege für Flüchtlinge schaffen und ihnen einen effektiven Zugang zum EU-Asylsystem ermöglichen. Die europäischen Politiker tragen sonst eine Mitverantwortung für die vielen Kettenabschiebungen auf dem Westbalkan und den schweren Menschenrechtsverletzungen in Serbien und Mazedonien", so Çaliskan.  
Unterdessen plant Ungarn, einen 4 Meter hohen Zaun an der serbischen Grenze zu errichten und Serbien als "sicheren Transitstaat" einzustufen. Das würde Abschiebungen weiter erleichtern. "Wenn Ungarn sich weiter abschottet und Flüchtlinge noch schneller abschieben will, werden die Menschen weiter misshandelt und von Land zu Land verschoben - ohne Chance auf ein faires Asylverfahren. Diese Situation können die EU-Partner nicht hinnehmen", so Çaliskan.  
Den Bericht Europas Borderlands: Violations against migrants and refugees in Macedonia, Serbia and Hungary und die englischsprachige Presseerklärung (auch unten in dieser Mail) können Sie hier herunterladen. Eine Karte der Westbalkan-Route sehen Sie hier. Fotos liegen hier ab. Eine Presseerklärung von Amnesty zur Diskussion um eine Liste sicherer Transitstaaten in Ungarn finden Sie hier. Aktuelle Informationen zur Situation von Flüchtlingen in Griechenland finden Sie hier. Für Interviewanfragen wenden Sie sich bitte an die Pressestelle. Bitte beachten Sie die Sperrfrist: Dienstag, 7. Juli 2015, 1 Uhr MESZ - frei für Dienstagsausgaben.  
Kontakt: AMNESTY INTERNATIONAL  
Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V.  
Zinnowitzer Straße 8  
10115 Berlin  
T: +49 30 420248-306  
F: +49 30 420248-330  
mailto:presse@amnesty.de

### Pressekontakt

Amnesty International

10115 Berlin

### Firmenkontakt

Amnesty International

10115 Berlin

Weitere Informationen finden sich auf unserer Homepage